

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

31.01.2022

Inhalt

EWN

1 Betreiber von Nord Stream 2 baut Büro in MV und hat ein Problem <i>SVZ.de (Schweriner Volkszeitung), 28.01.2022</i>	3
2 Die Bombe im Senfkorn <i>Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 30.01.2022</i>	5
3 Energiechaos im grünen Musterland <i>WELTplus, 28.01.2022</i>	7
4 „Fünf Zufahrtsrouten sind geeignet“ <i>Westfalen-Blatt - Höxtersche Zeitung, 29.01.2022</i>	9

 SVZ.de (Schweriner Volkszeitung) | 28.01.2022

 Sebastian Lohse

 WEBLINK

GAS FOR EUROPE IN SCHWERIN

Betreiber von Nord Stream 2 baut Büro in MV und hat ein Problem

Schwerin |

In Schwerin bereitet Gas for Europe schon dutzende Arbeitsplätze vor. Doch kaum gegründet, gibt es ein Problem. Das Auswärtige Amt verbietet dem Aufsichtsratsvorsitzenden seinen Job. Wie gehts mit der Pipeline weiter?

Das ging schnell. Am Mittwoch teilte die schweizerische Nord Stream 2 AG mit, die Tochtergesellschaft Gas for Europe (G4E) in Schwerin gegründet zu haben. Sie soll Eigentümerin und Betreiberin des 54 Kilometer langen Abschnitts der Ostseepipeline „Nord Stream 2“ in deutschen Hoheitsgewässern und der Anlandungsstelle in Lubmin werden. In einem Geschäftsbau am Grünen Tal im Schweriner Süden werden derzeit die Büros hergerichtet. Nach Informationen unserer Redaktion entstehen dort 30 Arbeitsplätze. Anfang bis Mitte Februar sollen die ersten Mitarbeiter ihre Arbeit vor Ort aufnehmen können.

Doch die Aufbruchstimmung hat einen Dämpfer erfahren. Es gibt ein Problem mit einer Personalie. Dem frisch ernannten Aufsichtsratsvorsitzenden Dieter Walter Haller wird sein neuer Posten untersagt. Das Auswärtige Amt verbietet dem Ruhestandsbeamten, die neue Stelle auszufüllen. Laut Nachrichtenportal „Zeit online“ habe eine interne Prüfung ergeben, „dass die Aufnahme der Tätigkeit zu untersagen ist, da durch sie dienstliche Interessen beeinträchtigt werden“.

Viele Jahre als Diplomat aktiv

Der 68-Jährige Haller hat jahrzehntelang als Diplomat für das Auswärtige Amt gearbeitet. Er war unter anderem deutscher Botschafter in Saudi-Arabien, bis er sich 2018 in den Ruhestand verabschiedete.

Danach arbeitete er für die Berliner PR- und Lobbyagentur WMP Eurocom, die unter anderem für das saudische Informationsministerium tätig ist. Aufgrund möglicher Interessensverquickungen wurde er für seinen Wechsel stark kritisiert. Nun gibt es wieder Unstimmigkeiten. Gas for Europe reagiert auf Nachfra-

ge unserer Redaktion nüchtern: „Wir haben das zur Kenntnis genommen“, heißt es.

Gas for Europe will Zertifizierung vorantreiben

Die neu gegründete Gesellschaft soll das Zertifizierungsverfahren für die Pipeline Nord Stream 2 fortsetzen, das bereits von der zum russischen Energiegiganten Gazprom gehörenden Nord Stream 2 AG begonnen wurde. Die Bundesnetzagentur hatte das Zertifizierungsverfahren Mitte November ausgesetzt. Begründung: Eine Zertifizierung komme nur in Betracht, wenn der Betreiber in einer Rechtsform nach deutschem Recht organisiert ist.

Laut Gas for Europe sollen die Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes an einen Unabhängigen Transportnetzbetreiber erfüllt sein. „Wir werden so schnell wie möglich die erforderlichen Unterlagen zur Fortsetzung bei der Bundesnetzagentur einreichen“, teilte der Sprecher am Freitag mit. „Gas for Europe wird alle rechtlichen und regulatorischen Anforderungen erfüllen“, zeigt sich das Unternehmen zuversichtlich. „Die technischen Voraussetzungen für den Betrieb der Pipeline sind gegeben. Beide Leitungsstränge sind mit Gas befüllt und können unverzüglich in Betrieb gehen“, so der Sprecher. Über weitere Schritte wolle das Unternehmen zu gegebener Zeit informieren.

Ukraine-Krise erhöht Druck auf Nord Stream 2

Unterdessen reißt die Kritik an der Ostseepipeline nicht ab. In Hinblick auf die aktuelle Ukraine-Krise verschärft sich der Ton. Am Donnerstag machte Außenministerin Annalena Baerbock klar: Die Bundesregierung arbeite an einem „starken Sanktionspaket“. „Bei

neuer Aggression steht die Bandbreite unserer Antworten zur Verfügung, inklusive Nord Stream 2“, sagte Baerbock in Richtung Moskaus. Auch die USA machten deutlich, dass es ein Einmarsch russischer Truppe

in die Ukraine das Aus für die Gaspipeline wäre. Gazprom will mit Nord Stream 2 die europäischen Gaslieferungen mit Umgehung des Transitlandes Ukraine verdoppeln.

 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung | 30.01.2022 | S. 60

 Auflage: 216.048 | Reichweite: 740.000

 Manfred Lindinger

IM GESPRÄCH

Die Bombe im Senfkorn

Fortschritt bei der Kernfusion: Blitze eines enormen Lasers zünden eine Verschmelzung von Atomkernen und halten sie kurz am Brennen.

Welch phantastische Vorstellung: Könnte man das Feuer im Inneren der Sonnen in einem irdischen Reaktor bändigen, stünde eine unerschöpfliche saubere Energiequelle zur Verfügung. Aus einem Gramm eines Brennstoffgemischs aus den Wasserstoffisotopen Deuterium und Tritium ließe sich so viel Energie gewinnen, wie bei der Verbrennung von elf Tonnen Kohle - ohne dass dabei Kohlendioxid frei würde. Die Energie stammt aus der Verschmelzung oder Fusion der Wasserstoffkerne, und die Physik dahinter ist seit den 1940ern bekannt. Doch die technische Umsetzung einer kontrollierten Kernfusion kämpft noch immer mit ganz beträchtlichen Schwierigkeiten.

In Europa versucht man mit dem noch im Aufbau befindlichen "International Thermonuclear Experimental Reactor", kurz ITER, das Verschmelzen von Deuterium und Tritium zu Helium mit magnetisch in einer Vakuumkammer eingeschlossenen heißen Plasmen zu verwirklichen. In den Vereinigten Staaten setzt man auch auf die sogenannte Trägheitsfusion. Diese nutzt das Prinzip der Wasserstoffbombe, in der die Strahlung einer explodierten Atombombe den Brennstoff so verdichtet und aufheizt, dass er fusioniert und ungeheure Energiemengen freisetzt. Für die kontrollierte Trägheitsfusion wird statt einer Atombombe intensive Laserstrahlung genutzt.

Nun haben Wissenschaftler am Lawrence Livermore National Laboratory (LLNL) nahe San Francisco einen wichtigen Fortschritt erzielt. Es gelang ihnen, mit den Strahlen ihres Hochleistungslasers die Fusion von Deuterium- und Tritiumkernen in Gang zu setzen und das Fusionsplasma erstmals am Brennen zu halten. Dabei wurden fast 70 Prozent der Energie frei, die der Laser am Ort mit dem Brennstoff deponiert hatte.

Die entsprechende Versuchsanlage, die National Ignition Facility, wurde 2009 nach zehn Jahren Bauzeit fertiggestellt und ist das weltweit größte Experiment zur

Trägheitsfusion. Sie besteht aus einem Hochleistungslaser, dessen 192 kurzen Lichtpulse bei jedem Schuss 1,9 Megajoule erzeugen. Das entspricht etwa der Energie von neunzehntausend 100-Watt-Glühlampen, die eine Sekunde lang leuchten. Jeder Schuss des Lasers dauert nur einen Bruchteil einer Sekunde. Untergebracht ist der Superlaser, der nur alle 90 Minuten feuern kann, in einem Gebäude, das etwa so groß ist wie zwei Fußballstadien.

Die vielen Laserpulse müssen dabei möglichst gleichzeitig ihr Ziel erreichen. Das besteht aus einem goldenen Hohlzylinder, in dem eine senfkorngroße Kapsel mit dem gefrorenen Brennstoff sitzt. Die Laserblitze, die durch Öffnungen zu beiden Seiten einfallen, heizen das Zylinderinnere extrem auf und erzeugen dabei eine Schockwelle aus intensiver Röntgenstrahlung, welche die Brennstoffkapsel blitzschnell zur Implosion bringt und sie auf einen Bruchteil ihrer ursprünglichen Größe komprimiert. Die Dichte des Brennstoffgemisches erhöht sich dabei sprunghaft, gleichzeitig steigt die Temperatur auf fast 100 Millionen Grad, den siebenfachen Wert im Sonneninnern. Unter diesen Bedingungen erfolgt die Zündung: die Wasserstoffkerne verschmelzen zu Heliumkernen, sogenannten Alphateilchen. So weit die Theorie.

Es hat sich jedoch als äußerst schwierig erwiesen, auf diesem Weg eine Kernfusion in Gang zu setzen, die sich selbst erhält - auch wenn Simulationen etwas anderes gezeigt haben. So ließ sich die Brennstoffkapsel lange Zeit nicht gleichmäßig komprimieren. Sie wurde bisweilen so stark deformiert, dass sie auseinanderriß. Um das Problem in den Griff zu bekommen, tüftelten die Forscher an Geometrie und zeitlichem Verlauf der Laserpulse. Das Ziel war es, einen möglichst großen Energiebetrag im Inneren des Zylinders zu konzentrieren. Im Jahr 2014 zeigten sich erste Erfolge: Die Forscher erhielten mehr Energie aus der Kernverschmelzung, wie im Brennstoff als kinetische Ener-

gie vorhanden war. Einen echten Durchbruch konnte man das allerdings noch nicht nennen, denn es erfolgte keine wirkliche Zündung. Es kam nur gut ein Prozent der insgesamt zur Verfügung stehenden Laserenergie tatsächlich beim Brennstoff an. Zu viel Energie ging bei der Kompression der Probe verloren, und ein Teil der im Zylinderhohlraum erzeugten Röntgenstrahlung blieb ungenutzt.

In den darauffolgenden Jahren konzentrierten sich die Wissenschaftler darauf, die Verluste zu verringern, indem sie die Stabilität des Lasers erhöhten und die vielen Einzelstrahlen möglichst exakt auf ihr Ziel richteten, um dort ein maximal gleichmäßiges Strahlungsfeld zu erzeugen. Die Bemühungen hatten Erfolg, und man konnte die Energieausbeute steigern. Doch noch immer waren die Verluste zu groß. Und fast schien es, als sei die Trägheitsfusion jahrelang nicht vom Fleck gekommen.

Dann ging man daran, das Design des Zylinders und der Kapsel mit dem eingeschlossenen Brennstoff zu optimieren: Man variierte die Form des Zylinders, platzierte vor seinen Eintrittsöffnungen optische Elemente, um den Hohlraum besser auszuleuchten und die Strahlungsintensität zu erhöhen. Auch experimentierte man mit neuen Kapseln. Bestanden die ursprünglichen aus Kunststoff, verwendete man nun etwas größere Pellets, deren Oberseite mit einer dünnen, glatten Diamantschicht überzogen war, wozu die Amerikaner mit einer Freiburger Firma zusammenarbeiteten. Von der Diamanthaut versprach man sich eine bessere Absorption der Röntgenstrahlung. Zudem wurde die Menge des Brennstoffs in der Kapsel erhöht.

Die Mühe hat sich offenbar gelohnt. Wie jetzt in der aktuellen Ausgabe von Nature zu lesen, konnte das Team um Alex Zylstra bei Fusionsexperimenten Anfang des vergangenen Jahres einen großen Erfolg verbuchen, als sie rund zehnmals soviel Energie nachwiesen, wie im Brennstoff vorhanden war. Die Energieausbeute betrug unterm Strich zwischen 100 und 170 Kilojoule. Ein Rekord an der National Ignition Facility.

Dabei konnten die Wissenschaftler um Zylstra ein sogenanntes brennendes Plasma erzeugen. In einem solchen heißen Gas aus von ihren Hüllenelektronen separierten Atomkernen laufen unter letzteren so viele Verschmelzungsprozesse ab, dass die Energie der

dabei gebildeten Heliumkerne ausreicht, um die Temperatur des Plasmas aufrechtzuerhalten und das Fusionsfeuer für eine gewisse Zeit am Brennen zu halten. Allerdings war das gezündete Fusionsfeuer bereits nach einigen Billionstel einer Sekunde wieder erloschen, weil der größte Teil des Brennstoffs aufgebraucht war. Und obwohl ein Kernbrennen erfolgreich in Gang gesetzt werden konnte, war noch immer zu viel Energie verloren gegangen. Von den 1,9 Megajoule Energie, die der Hochleistungslaser bei jedem Puls freisetzt, kam nach wie vor nur ein geringer Teil beim Brennstoff an. Der Betrieb des Lasers selbst verbraucht insgesamt sogar 400 Megajoule pro Schuss.

Ermutigt von den Ergebnissen im Februar 2021 haben die Forscher ihre Fusionsversuche in den darauffolgenden Monaten weitergeführt. Im August 2021, also gut ein halbes Jahr vor der Veröffentlichung in Nature am vergangenen Donnerstag, meldete das LLNL auf seiner Homepage einen weiteren großen Wurf. Bei einem Experiment wurden bei der Verschmelzung von Wasserstoffkernen insgesamt 1,3 Megajoule frei. Damit hatte sich die absolute Energieausbeute auf insgesamt 70 Prozent erhöht. Einen ähnlichen Wert hat man übrigens bereits 1992 mit dem magnetischen Einschlussverfahren im Versuchsreaktor JET (für "Joint European Torus") erzielt.

Für den Plasmaphysiker Markus Roth von der TU Darmstadt sind die Versuche am LLNL ein echter Durchbruch. "Lange hat man daran gezweifelt, ob die Kernfusion mit Lasern überhaupt funktioniert. Und mit der Ausbeute von 1,3 Megajoule ist der Beweis erbracht, dass es funktioniert." Mit einer größeren Kapsel und mehr Brennstoff wäre die Ausbeute noch höher ausgefallen, da ist sich Roth sicher. "Die Fusionskerze war zu kurz, die da gebrannt hat, um mehr an Energie zu liefern als das Streichholz, das sie angesteckt hat." Roth, der vor 23 Jahren selbst beim Aufbau des gigantischen Hochleistungslasers in Kalifornien mitgearbeitet hatte, will eine Anlage bauen, die zeigen soll, dass man mit der Trägheitsfusion nutzbare Energie gewinnen kann. Roth hat mit deutschen und amerikanischen Kollegen für das ambitionierte Projekt bereits das Start-up "Focused Energy" gegründet und zahlreiche Investoren gewinnen können. Im Jahr 2030 soll es so weit sein - fünf Jahre bevor das erste Fusionsfeuer in ITER brennt.

📰 WELTplus | 28.01.2022 | S. 11:16:22

👤 Martina Meister

🔗 WEBLINK

FRANKREICH

Energiechaos im grünen Musterland

In Frankreich ist energiepolitisches Chaos ausgebrochen: Viele der alten Meiler stehen still, die Strompreise steigen. Doch Präsident Macron hält an seinen Plänen zum Ausbau der Atomkraft fest, die er einen "Glücksfall" nennt. Worum geht es ihm dabei wirklich?

Wenn Ende des Jahres die letzten drei Atomkraftwerke in Deutschland vom Netz gehen, wird der 2011 beschlossene Atomausstieg beendet sein. Frankreich hingegen setzt auf ein Revival der Atomkraft, die Emmanuel Macron ausdrücklich als "Glücksfall" bezeichnet. Der scheidende Präsident hat auf den letzten Metern seiner Amtszeit verkündet, sechs neue Reaktoren bauen zu wollen. Es gibt kein Thema, bei dem der Graben zwischen Deutschland und Frankreich tiefer wäre.

Mit großem Druck hat Paris die Einstufung der Atomkraft als grüne Übergangstechnologie von der Europäischen Kommission vorangetrieben, um seine atomare Energiepolitik finanzieren zu können. Dank des geringen CO₂-Ausstoßes der Nuklearindustrie hat die sogenannte Taxonomie-Debatte selbst in Deutschland viele eingefleischte AKW-Gegner und Umweltschützer zum Nachdenken gebracht: Was, wenn die Atomkraft der einzige Weg wäre, das Pariser Klimaabkommen einhalten zu können?

Ein Blick hinter die Kulissen der Atomindustrie im grünen Musterland Frankreich stimmt indes skeptisch. Denn dort herrscht gerade energiepolitisches Chaos. Im Dezember mussten die Franzosen zeitweise 16 ihrer 56 Reaktoren abschalten. Die Folge war ein Zusammenbruch der Stromproduktion wie sie Frankreich seit drei Jahrzehnten nicht erlebt hatte. "Droht Frankreich der Blackout?", fragte die Regionalzeitung "Midi Libre" wenige Tage vor Weihnachten.

Zum Stromausfall kam es nicht. Aber auch die Schweizer Nachbarn, die aus Frankreich Atomstrom importieren, waren besorgt. Und Deutschland, in normalen Zeiten ein Abnehmer französischen Atomstroms, hat sich zum Exporteur verwandelt. Im Dezember hat die Bundesrepublik 563 Gigawattstunden (GWh) mehr

nach Frankreich geliefert als selbst vom Nachbarn importiert. Auch im Januar ist die Bilanz mit fast 300 GWh deutlich negativ für Frankreich.

Grund für die Zwangspause der Meiler ist Korrosion an Rohren des sekundären Kühlsystems, die zuerst in einem der Reaktoren der Zentrale von Civaux entdeckt wurden. Das AKW in Westfrankreich, das 1997 eingeweiht wurde, gehört zur jüngsten Generation. Der Energiekonzern EDF untersuchte darauf Kernkraftwerke derselben Bauart und wurde auch in Chooz an der belgischen Grenze und im normannischen Penly fündig.

Noch immer sind fünf Reaktoren abgeschaltet, einige werden voraussichtlich bis Ende des Jahres nicht mehr ans Netz gehen können. Frankreich fehlen dadurch zurzeit zwölf Prozent der Stromproduktion. Die Folge ist nicht nur ein starker Anstieg der Stromkosten, die die Regierung notdürftig niedrig zu halten versucht. Auch zwei abgeschaltete Kohlekraftwerke müssen hochgefahren werden. Ein entsprechendes Gesetz wird gerade verabschiedet, um die bereits gültigen Emissionsvorschriften wieder zu lockern.

Doch damit nicht genug der schlechten Nachrichten. Kurz vor Jahresende musste EDF eine weitere Verzögerung der Inbetriebnahme seines jüngsten Reaktors in Flamanville ankündigen, mit dessen Bau vor mehr als 14 Jahren begonnen wurde.

Nun soll der Europäische Druckwasserreaktor (EPR) frühestens im Sommer 2023 ans Netz gehen, nach 16 Jahren Bauzeit. Nicht nur diese ist komplett aus dem Ruder gelaufen, sondern auch die Kosten: Statt der ursprünglich eingeplanten 3,3 Milliarden Euro wird der EPR fast 18 Milliarden verschlingen, der französische Rechnungshof geht sogar von 19 Milliarden aus.

Um die in die Höhe schießenden Strompreise zu deckeln und wenige Wochen vor der Präsidentschaftswahl eine erneute Gelbwestenkrise zu verhindern, zwingt die Regierung den Energiehersteller EDF, der zu 84 Prozent in Besitz des Staates ist, 120 statt 100 Gigawattstunden an die Konkurrenz zu verkaufen, sechsmal billiger als der derzeitige Marktwert. Um die acht Milliarden Euro wird das den Konzern und damit den Steuerzahler kosten.

Finanzminister Bruno Le Maire rechnet vor, dass man dadurch eine Preissteigerung des Stroms von bis zu 40 Prozent verhindert habe. Daraufhin stürzte der Börsenkurs des hoch verschuldeten Unternehmens in den Keller. "Es fehlt eine industrielle Strategie", resümiert Nicolas Goldberg, Analyst bei Columbus Consulting die Lage angesichts des "Winterschlussverkaufs" französischer Atomenergie.

Nun könnte man einwenden, dass die derzeitige Notlage eine Ausnahmesituation ist, die die französi-

sche Energiepolitik nicht grundsätzlich infrage stellen muss. Aber es drängt sich der Verdacht auf, dass Paris durch das Label der grünen Übergangsenergie für die Atomkraft weniger das Klima als seinen maroden Staatskonzern EDF retten will, um private Investoren anzuziehen.

Selbst wenn die von Macron angekündigten sechs AKWs planmäßig hochgezogen würden und nicht 16 Jahre Bauzeit benötigten wie der ERP in Flamanville, kämen sie zu spät, um die Erderwärmung rechtzeitig zu beschränken.

"Macron steht im Wahlkampf. Das ist nicht zu übersehen und gilt offenbar auch für das Thema Atom", sagt Stefan Wenzel, Bundestagsabgeordneter der Grünen. "Wenn Frankreich seine industrielle Wertschöpfung sichern will", so Wenzel weiter, "kommt es an massiven Investitionen in Windkraft, Solarenergie und Wasserstofftechnologie nicht vorbei." Vor allem brauche Europa eine gemeinsame "enkeltaugliche Vision".

Westfalen-Blatt - Höxterische Zeitung | 29.01.2022

Auflage: 17.465 | Reichweite: 49.249

Michael Robrecht

ATOMMÜLL-LOGISTIKZENTRUM WÜRGASSEN: NEUE BGZ-STUDIE ÜBER LKW-TRANSPORTE LIEGT VOR – BAUANTRÄGE AN RP IM FRÜHJAHR**„Fünf Zufahrtsrouten sind geeignet“**

Würgassen - Wie sicher sind die Transportrouten für Lastwagen mit mittel- und schwachradioaktivem Atommüll nach Würgassen? Für die Planungen des Logistikzentrums für das Endlager Konrad (LoK) auf dem Gelände des ehemaligen Kernkraftwerkes Würgassen ist über Monate eine Studie zum Lastwagenverkehr auf möglichen Zufahrtsstrecken innerhalb eines Radius von 25 Kilometer um das Lager erarbeitet worden. Die liegt jetzt vor. Kernaussage: Alle relevanten Straßen bis zum Standort am Ex-KKW Würgassen sind für den Transport geeignet. „Die Inhalte des Gutachtens werden zeitnah veröffentlicht“, erklärte Hendrik Kranert-Rydyz, Pressesprecher der Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ), auf WB-Anfrage.

Die fünf wichtigsten Zufahrtsrouten aus allen Himmelsrichtungen seien vom Büro Nusec Consulting auf das Verkehrsgeschehen untersucht worden – vom Ith im Norden bis zur A44 bei Warburg im Südwesten, erläuterte der BGZ-Sprecher. Kalkuliert werde mit gut 20 Transporten von und zum Lager pro Tag, die von allen deutschen Kraftwerksstandorten Abfälle in dicht verschlossenen Fässern nach Würgassen zur Einlagerung in die 325 Meter langen Halle gebracht würden. „Niemand muss Sorge haben, dass von den Transporten Gefahren ausgehen“, erklärte Pressesprecher Kranert. Alle Zufahrten würden durch den Verkehr jetzt bereits genutzt und seien für diesen ausreichend ausgebaut, heißt es in der Studie, die dem WB vorliegt. Durch Bundesstraßenbauprojekte würden zudem weitere Ortschaften umfahrbar.

Im Rahmen der Begutachtung sind die Strecken auf Auffälligkeiten wie Engstellen, parkende Autos, Kurven, Bahnunterführungen oder Verkehrsaufkommen untersucht worden. Aus den Daten der Verkehrszählung 2015 wird ersichtlich, dass der höchste Durchgangsverkehr durch Höxter, Negenborn, Godelheim und Ottbergen fließt. Verkehrsprognosen und Verkehrsströme gingen in die Expertise ein.

Fünf voraussichtliche Zufahrtsrouten haben die

Nusec-Experten geprüft: Südzufahrt (A44 Warburg, Dalhausen, Lauenförde, Würgassen), Ostzufahrt (A7 Hann. Münden/Hedemünden, Solling, Würgassen), Nordostzufahrt (A7 Nörten-Hardenberg, Bad Karlshafen, Würgassen), Nordzufahrt (A7 Hannover, Laatzen ab Ith, Holzminden, Höxter, Godelheim, Beverungen, Würgassen) und Nordwest (A33 Paderborn, B64, Bad Driburg, Brakel, Godelheim, B83, Würgassen). Die An- und Abfahrten der stark gesicherten Laster mit Atommüll erfolgen nur über die fünf definierten Zufahrtswege von und zu den über das Bundesgebiet verteilten Zwischenlagern an den bisherigen KKW-Standorten.

„Selbst wenn man unrealistisch annimmt, dass an einem Tag alle Lkw-Transporte, inklusiv der Leerfahrten über einen Zufahrtsweg erfolgen, ergäbe sich für die betroffene Strecke nur ein geringes zusätzliches Verkehrsaufkommen“, schreibt die Nusec. Weiter heißt es: „An den ermittelten Engstellen auf den Strecken finden sich keine Unfallhäufungspunkte.“ An allen Routen wurden Unfallereignisse und Auffälligkeiten ermittelt. Auch hier: keine Gefahr. Auf den Routen gibt es jedoch zwei besonders enge Stellen: Sie befinden sich auf der B 241 in Lauenförde und der B64 in Ottbergen.

Die Lkw-Müllanlieferungen für das LoK Würgassen (450 Millionen-Euro-Neubau) sollen immer von 6 bis 22 Uhr verteilt stattfinden. Es werde keine Transporte an Wochenenden und Feiertagen geben, so die Studie. Die über Straßen transportierten zur Einlagerung fertigen Endlagergebäude werden in 20 Containern (Transport nie mehr als 40 Tonnen) angeliefert, die von Standard-Sattelschleppern gezogen werden. Bei diesen Transporten handelt es sich nicht um solche mit Großraum-Lastern. Alle Strecken sind mit Lkw bis zu 44 Tonnen Gesamtmasse und mit Zugsätteln für bis zu 40 Containern (klassische Seecontainer) befahrbar.

Der BGZ-Pressesprecher kündigte zudem an, dass die Bauanträge für das Zwischenlager an die Bezirksregierung Detmold in diesem Frühjahr gestellt würden. Ge-

sprache mit der Behörde dazu liefern. Dazu soll es wieder Stadthalle geben.
der zeitnah eine Bürgerinformation in Beverungen